
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mehr Frauen in technische Berufe: Reservierungsquote bei landeseigenen Unternehmen durchsetzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den landeseigenen Unternehmen eine Strategie zur Umsetzung der Reservierungsquote in der Ausbildung nach § 7 des Landesgleichstellungsgesetzes zu entwickeln.

Zielgerichtete direkte Ansprache und konkrete Hinweise zu Berufsperspektiven sollen dazu beitragen, Mädchen und junge Frauen verstärkt für technische Ausbildungsberufe zu gewinnen. Dazu sind insbesondere:

- die Ausschreibungsbedingungen auf geschlechtsdiskriminierende Hemmnisse hin zu überprüfen und solche Hemmnisse gegebenenfalls zu beseitigen;
- stabile Kooperationen mit Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie im Rahmen des Berufs- und Studienorientierungssystems anzuregen und zu unterstützen;
- mädchen- und frauenspezifische Flyer für Praktikum und Ausbildung speziell für Plätze in den öffentlichen Unternehmen zu entwickeln und an Schulen, Fachschulen und Hochschulen zu verbreiten;
- die großen Werbeflächen der einzelnen Unternehmen zu nutzen;
- die vielseitigen Medienportale und Internetauftritte zu berücksichtigen;
- Medienpartnerschaften mit Presse, Funk und Fernsehen anzustreben.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.03.2019 zu berichten.

Begründung:

Frauen sind in landeseigenen Unternehmen unterrepräsentiert. Wir wollen, dass Frauen und Männer in allen Beschäftigungsbereichen und auf allen Ebenen gleichberechtigte Chancen haben und der Anteil von Frauen in allen Bereichen auf mindestens 50 Prozent steigt. Grundlagen dafür müssen bereits mit der Ausbildung gelegt werden. Die Bewerbungsquote von Mädchen und jungen Frauen für die technische Ausbildung in landeseigenen Unternehmen stagniert jedoch noch immer bei etwa 15 Prozent.

Deshalb ist die Einführung einer Reservierungsquote in allen landeseigenen Unternehmen zukunftsweisend. Sie garantiert, dass die erste Hälfte der zu vergebenden Plätze in einem Ausbildungsberuf verbindlich an Frauen zu vergeben ist, um den Frauenanteil stetig zu erhöhen.

Um diese Forderung umzusetzen, müssen geeignete Maßnahmen – wie beispielhaft im Antrag aufgezählt – ergriffen werden, um wirksamer darüber zu informieren, dass unsere landeseigenen Unternehmen ihre Ausbildungsplätze zu 50 Prozent an Mädchen und junge Frauen vergeben wollen.

Berlin, d. 13. September 2018

Saleh Çağlar Stroedter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf I. Schmidt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Kofbinger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen